

6. Fazit

6.1 Zusammenfassung und Diskussion

Die liberale Demokratie leidet schon länger unter einem doppelten Vertrauensdefizit: in den etablierten Journalismus sowie in das politische System. Die Distanz zwischen Medien und Politik auf der einen und vielen Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite scheint – auch und gerade in Sachsen – tendenziell größer zu werden. Angesichts dessen haben wir uns auf die Suche nach den Gründen für dieses Misstrauen begeben und dazu 61 qualitative Interviews mit Personen mit ganz unterschiedlichen politischen Einstellungen sowie aus verschiedensten soziodemografischen Lagen geführt. Unser Ziel war dabei, die Bevölkerung in ihrer Breite einzubeziehen, das Phänomen des Misstrauens gegenüber Journalismus in Sachsen in seiner Tiefe zu ergründen und es systematisch in Beziehung zum Politik- und Demokratievertrauen zu setzen. Auch wenn zu diesem Thema national und international bereits ein beachtlicher Korpus an (vornehmlich quantitativer) empirischer Forschung existiert, konnten wir mit unseren Interviews das Verständnis des Problems ausbauen und neue Antworten finden. Die Arbeit orientierte sich dabei an unseren vier Forschungsfragen. Wir fragten nach 1) den Gründen für Misstrauen in etablierten Journalismus, 2) den Gründen für Misstrauen in Politik und 3) dem Zusammenhang dieser beiden Bereiche. Schließlich fragten wir auch, 4) welche Rolle das Demokratieverständnis der Befragten für ihr Ver- und Misstrauen in Politik und Medien spielt. Im Folgenden werden unsere wichtigsten Antworten auf die vier Forschungsfragen dargestellt und mit Rückbezügen zum Forschungsstand sowie weiterführenden Überlegungen interpretiert und diskutiert.

Welche Gründe gibt es für Misstrauen gegen den etablierten Journalismus?

Als überragender Grund für Medienmisstrauen erwies sich die Wahrnehmung politischer Tendenzen und Einseitigkeiten in journalistischer Berichterstattung. Eine solche Beobachtung artikulierte mehr als jede zweite interviewte Person, was ungefähr mit der Gesamtzahl an misstrauenden Befragten laut Kurzfragebögen korrespondiert. Fast jede zweite Person sah außerdem Repräsentationsdefizite von Themen oder Themenaspekten, was häufig die Wahrnehmung politischer Tendenzen in der Berichterstattung ergänzte, manchmal aber auch ein eigenständiger Kritikpunkt war. Neben dieser »Tendenz-Kritik« konnten wir einen zweiten Komplex von Argumenten ausmachen, den wir »Kommerz-Kritik« nennen. Moniert wurde hier immerhin von mehr als jeder dritten Person eine aus Profitstreben resultierende Boulevardisierung von Berichterstattung, ein Fokus auf Skandale und Sensationen sowie eine verfälschende Verknappung und unsachgemäße Zuspitzung von Inhalten. Die Gesamtlage an vorhandenen Kritikpunkten ähnelt stark denen aus einer früheren qualitativen Studie der Universitäten in Münster und München (vgl. Mede et al. 2020: 98), deren Feldarbeit in zwei ost- und zwei westdeutschen Bundesländern durchgeführt wurde. Bemerkenswert ist, dass die Motive der Medienkritik in der Skepsis-Hochburg Sachsen also offenbar ganz ähnliche sind wie in anderen Teilen Deutschlands.

Beklagt wurden vor allem politisch motivierte Einseitigkeiten und Parteilichkeiten. Die meistgenannten Themen, die die Medien aus Sicht der Befragten angeblich einseitig beleuchtet haben, waren die Corona-Pandemie (15-mal) sowie der Krieg Russlands gegen die Ukraine (13-mal), weit dahinter kamen mit jeweils vier Erwähnungen der Klimawandel und der Komplex Migration/Flucht/Asyl/Pegida. Auch letzteres korrespondiert zunächst weitgehend mit dem Forschungsstand: So waren in der erwähnten Befragung von Mede et al. (2020: 94), die von August bis Oktober 2017 durchgeführt wurde, die Top-Aufregerthemen in absteigender Reihenfolge die »Flüchtlingsthematik bzw. Migration«, die »US-Wahl/US-Politik/Trump«, »die Berichterstattung über politische Gruppierungen« und der »Komplex Russland/Putin/Ukraine-Krise«. Offenbar hat in unserem Zeitraum Corona als neues Schlüsselerlebnis alles andere ausgestochen und den Migrationskomplex in den Hintergrund gedrängt, der während der Befragung von 2017 durch die Ereignisse von 2015/16 als aktuell wahrgenommen

wurde. Das Thema »Ukraine« ist vermutlich durch den Angriff Russlands während unserer Feldphase akut geworden, während es 2017 eher im Stadium der Latenz geschlummert hatte.

Dass die Berichterstattung zu diesen Themen so häufig übereinstimmend als einseitig wahrgenommen wurde, heißt nicht zwangsläufig, dass sie tatsächlich einseitig (gewesen) ist. Denn aus der Medienwirkungsforschung ist der »Hostile-Media-Effekt« bekannt, laut dem selbst gut ausbalancierte Berichterstattung über einen Konflikt von Personen, die eine starke politische Haltung zu diesem Konflikt haben, als parteilich wahrgenommen wird – und zwar als ihrer eigenen Position entgegengesetzt. Der Grund für dieses Wahrnehmungsmuster ist offenbar die Befürchtung, ein unentschiedenes, aber empfängliches Publikum würde bei diesem Thema zugunsten der anderen Partei beeinflusst und die eigene Position verliere an öffentlicher Deutungsmacht (vgl. Dohle & Hartmann 2008).

Während unser Befund also kein Urteil über die Qualität der Berichterstattung erlaubt, führt er jedoch zu weitergehenden Überlegungen: Die vier Reizthemen sind nämlich solche, bei denen es im Untersuchungszeitraum November 2021 bis Mai 2023 und in den Jahren davor mutmaßlich ein hohes Maß an Konsens in den führenden deutschen Medien gegeben hat: dass das SARS-CoV-2 ein lebensgefährliches Virus ist und durch strenge Maßnahmen bekämpft werden muss, dass die Ukraine das Opfer russischer Aggression ist und bei ihrer Verteidigung unterstützt werden muss, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt und Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen angezeigt sind und dass Deutschland mittlerweile ein Einwanderungsland ist und zudem eine humanitäre Pflicht zur Aufnahme geflüchteter Menschen hat.³²

Diese Konsensbestände waren bzw. sind aus unterschiedlichen Gründen hoch: wegen vorhandener wissenschaftlicher Evidenz (Klima, Corona), wegen eines historisch wie grundgesetzlich gebotenen Schutzes der Menschenwürde (Flucht und Migration) oder wegen völkerrechtlicher und bündnispolitischer Erwägungen (Ukraine/Russland). Sie zeichnen sich weiterhin

32 Die Behauptung hoher Konsensbestände in der deutschen Medienlandschaft stützt sich teilweise auf Studien (zur Fluchtkrise 2015/16 Haller 2017, zur Corona-Pandemie Maurer et al. 2021, zur Ukraine Maurer et al. 2023 und Krüger & Mundt 2020), teilweise auf Überlegungen zu Meinungsklüften zwischen Elite und Bevölkerung aufgrund ungleich verteilter liberaler Werte und ungleich verteilter Zustimmung zur Verankerung Deutschlands im westlichen Bündnis (vgl. Krüger 2017).

dadurch aus, dass sie mutmaßlich nicht nur in den Leitmedien, sondern auch im politischen Establishment hoch waren bzw. sind (die Vergangenheitsform ist vor allem in der Migrationsfrage angebracht, wenn man sich den politischen Rechtsruck seit der Fluchtkrise von 2015/16 vor Augen hält) und dass sie gewisse Konsequenzen im Sinne von Handlungsdruck oder der Hinnahme von Zumutungen mit sich bringen: Abstands- und Maskenregeln befolgen und sich impfen lassen, den ökologischen Fußabdruck des Lebens- und Konsumstils sowie der Energieinfrastruktur verringern, finanzielle Opfer für die Ukraine bringen und das Risiko eingehen, in einen Krieg mit Russland hineingezogen zu werden, Ressourcen mit Zugewanderten und Geflüchteten zu teilen und kulturelle Veränderungen im eigenen Heimatland zu akzeptieren.

In diesem Licht kann man nun die Befunde betrachten, dass 1) viele medienskeptische Befragte unter einer moralischen Aufladung des Diskurses litten und sich in eine (meist: die rechte) Ecke gestellt bzw. als Aussätzige behandelt sahen, wenn sie den Konsens nicht teilten, 2) dass viele eine Vermischung von Nachricht und Meinung wahrnehmen, die zum Zweck der Belehrung und Erziehung diene, und 3) dass sie ihre Medienkritik zu Vorwürfen zuspitzten, bei den Einseitigkeiten handele es sich um manipulative Propaganda und ein Resultat der Lenkung und Steuerung von außen, namentlich der Politik oder Regierung.

Aus der subjektiven Sicht dieser Befragten ist nun nachvollziehbar, wie der Propaganda-Vorwurf zustande kommt: Ausgehend von beobachteter Einseitigkeit, Meinungsmache sowie empfundenem moralischem Druck ist dieser Schluss naheliegend, schließlich arbeitet klassische Propaganda definitionsgemäß oft mit der Technik der zielgerichteten Manipulation von Sprache und Bildern sowie der Dichotomisierung und moralischen Erpressung (»Wer nicht für uns ist, ist gegen uns«). Sie will bestimmte Handlungsoptionen naturalisieren bzw. als alternativlos erscheinen lassen und belegt Zu widerhandlungen mit sozialen Sanktionen. Zudem zeichnet sie regelmäßig ein überhöht positives Selbstbild – »Wir sind die Guten« – und ein denunzierend-abwertendes Fremdbild (vgl. Bussemer 2008: 33-34, Herman & Chomsky 2023: 167-178).

Wir halten es für gesetzt, dass die Redaktionen etablierter deutscher Medien weder von der Regierung gelenkt sind noch absichtsvoll manipulative Propaganda betreiben. Versetzt man sich jedoch in die Lage einer Person, die einen Konsens in Medien und Politik zu einer politischen Streitfrage oder

eine entsprechende Werthaltung nicht teilt und keine unmittelbaren Einblicke in die realen Mechanismen des politischen wie medialen Räderwerks hat, ist die resultierende medienskeptische Einstellung – aus der empfundenen politischen Randständigkeit und Ohnmacht heraus – geradezu folgerichtig.

Besonders bitter erscheint diese Wirkkette beim Thema Klimawandel: Offenbar fordern Befragte hier die Verbreiterung des Meinungsspektrums ein, um eine Ausgewogenheit zu erreichen, die in der kommunikationswissenschaftlichen Debatte als *False Balance* kritisiert wird. Seit Mitte der 2000er Jahre wurde von Akteurinnen und Akteuren aus Wissenschaft und Wissenschaftsjournalismus darum gekämpft, Positionen zum Klimawandel ohne wissenschaftliche Evidenz aus seriösen Medien herauszuhalten oder aber entsprechend negativ einzuordnen, um die Öffentlichkeit vor Desinformation zu bewahren und den Stand der Klimaforschung nicht verzerrt darzustellen, was im Segment der Qualitätsmedien mittlerweile erfolgreich umgesetzt wird (vgl. etwa Engesser & Brüggemann 2016). Trifft nun eine aus guten Gründen von Scheinargumenten bereinigte Diskurslandschaft auf einen *motivated skepticism* (siehe Kap. 2.2.3) in jenen Teilen des Publikums, das aus Sorge vor Einschränkungen der eigenen Lebensweise und Konsumfreiheiten entlastende Informationen und Meinungen zum Klimawandel sucht und kognitive Dissonanzen verringern möchte, steigt offenbar das Medienmisstrauen in diesen Publikumssegmenten – als eine unintendierte Nebenfolge des Kampfes gegen *False Balance*.

Wahrgenommene mediale Fehlleistungen im Hinblick auf Themen- und Faktenselektivität sowie die Richtigkeit von Bewertungen (vgl. die Systematik der Dimensionen des Medienvertrauens bei Kohring 2004) werden von manchen Befragten als Betrugsversuch empfunden und die unterstellte böse Absicht wird mit entsprechender emotionaler Aufladung beantwortet (man werde »verarscht« oder das sei »Volksverdummung«). Beim Top-Thema Corona kommt hinzu, dass impfskeptische Personen den medialen Diskurs als persönlich verletzend und übergriffig bis gewalttätig empfanden (die Rede war von »Stigmatisierung« und »Diskriminierung«, man sei zur »Zielscheibe« geworden, mit Impf-Aufforderungen ging es buchstäblich an die eigene Haut).

Auf der anderen Seite gab es vertrauende Personen, die die etablierten Medien ausdrücklich vor harscher Kritik in Schutz genommen haben. Dies illustriert in gewisser Weise den quantitativen Befund der Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen, dass eine Polarisierung des Medienvertrauens

stattgefunden hat und angesichts der gegenwärtigen aufgeheizten Debatten viele Personen aus dem ehemals unentschiedenen Lager entweder in das klar misstrauende oder in das klar vertrauende Lager gewechselt sind (vgl. Schultz et al. 2020).

Ebenfalls bestätigte sich das Postulat, dass Personen gleichzeitig Vertrauen in *und* Misstrauen gegen Journalismus haben können (vgl. Blöbaum 2018), wenn es jeweils verschiedene Bezugspunkte des Ver- oder Misstrauens gibt. In unserem Sample bekundeten 36 Befragte (also mehr als die Hälfte) sowohl Vertrauen als auch Misstrauen gegenüber etablierten Medien. Hingegen artikulierten 22 Interviewte ausschließlich Misstrauen und drei ausschließlich Vertrauen.

Dass wiederum nur vier von 61 Befragten von sich aus – also ohne in einer Frage darauf angesprochen worden zu sein – im Kontext von Medien- und Politikkritik eine Gegnerschaft zum Gendern und zu »Wokeness« formulierten, scheint eine These von Mau et al. (2023: 158-204) zu bestätigen: nämlich dass es sich bei Bemühungen um geschlechtergerechte Sprache und Nicht-Diskriminierung um einen »Triggerpunkt« handelt, der von »Polarisierungsunternehmern« gern zum eigenen Vorteil bespielt wird und der zuweilen als Zumutung empfunden wird, aber nicht zu den zentralen Sorgen der meisten Menschen gehört, die bei einer Befragung ungestützt aus ihnen heraussprudeln. Gleichwohl sehen wir in den Interviews auch gegenwärtig in der Gesellschaft ablaufende emanzipatorische Kämpfe – zwei Frauen bemängelten die Überrepräsentation von Männern in den Medien – sowie abwehrende Reaktionen auf (queer)feministische und antirassistische Anliegen.

Auffällig ist weiterhin, dass von den misstrauenden Personen Reizworte wie »Lügenpresse« oder »Gleichschaltung« (dazu weiter unten) nur selten verwendet wurden und wenn, dass in einem durchaus rational verhandelbaren Sinn. In nur vier Interviews wurde das Unwort des Jahres 2014 »Lügenpresse« mehr oder weniger bejahend benutzt, jedoch nicht als Synonym für wirkliche Lügen im Sinne von absichtsvoll falschen Sachverhaltsbehauptungen, sondern als Beschreibung dafür, dass unliebsame Dinge weggelassen würden. Der Begriff »Gleichschaltung« wurde von nur zwei Personen benutzt, aber ausdrücklich nicht im Sinne einer totalitären Kontrolle der Medien durch den Staat: Gemeint war eher eine Übernahme der Themenagenda und der Meinungsspanne der politischen Eliten in der Berichterstattung.

Wohlwollend kann man die entsprechenden Interviewpassagen als alltagssprachliche Versatzstücke der Indexing-Hypothese interpretieren, laut

der die etablierten Medien vor allem den Diskurs politischer (und anderer) Eliten spiegeln und keine davon wirklich unabhängige Debatte führen (vgl. Bennett 1990). In diesem Sinne wurde sogar in der Kommunikationswissenschaft – vor dem Aufschwung rechtspopulistischer Medienkritik – zuweilen von einer »Gleichschaltung der medialen Debattenstruktur mit dem Diskurs der politischen Elite« (Pohr 2005: 262) gesprochen. An anderer Stelle war damit eine Anzeigenabhängigkeit von Medien gemeint: Im Grunde wurde hier die »Gleichschaltung« über eine Abhängigkeit von Werbeeinnahmen imaginiert, was wiederum ein akzeptiertes Thema der kritischen Journalismusforschung ist (vgl. Krüger 2016: 54-57, Hagen et al. 2014, Gadringer et al. 2012).

Generell finden sich in den Aussagen über »gekaufte«, »gelenkte« oder anderweitig abhängige Medien keineswegs absurde Verschwörungsannahmen (mit Ausnahme der Idee staatlicher Vorzensur bei öffentlich-rechtlichen Nachrichten und der Vorstellung, nach einem Anruf des Ministerpräsidenten seien unliebsame Journalistinnen und Journalisten »weg vom Fenster«). Vielmehr werden Gefahren für die journalistische Unabhängigkeit sowie für die »innere Pressefreiheit« (vgl. Krüger et al. 2022) angeschnitten, die auch in der Medienbranche und in der Journalismusforschung diskutiert werden. Wenn eine Einengung des Meinungskorridors durch Einflüsse von Werbekunden, Medieneigentümerinnen und -eigentümern, Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Anstalten oder mächtigen Quellen bzw. der PR ressourcenstarker Organisationen vermutet werden, so sind dies eher umgangssprachlich formulierte Elemente der bereits genannten Indexing-Theorie sowie einer anderen, materialistisch-ideologiekritischen Theorie über den medialen Mainstream in der liberal-kapitalistischen Demokratie: des »Propagandamodells« von Herman und Chomsky (2023).

Dessen Grundpostulat, dass durch diverse Abhängigkeiten zwischen etablierten Medienhäusern und Eliten aus Politik und Wirtschaft die Spanne von Themen und Meinungen gewissen Einschränkungen unterliegt, mag gängigen liberal-pluralistischen Annahmen über ein funktionierendes demokratisches Mediensystem widersprechen. Auch mag die Verwendung des Begriffs »Propaganda« – bei Herman und Chomsky wie auch in unseren Interviews aber nicht im Sinne einer zentral gelenkten, totalitären Staatspropaganda gemeint – überzogen und für Medienschaffende schwer annehmbar sein. Einen Grund für eine moralische Verurteilung oder Pathologisierung der Befragten stellt es aus unserer Sicht nicht dar – eher einen

Anknüpfungspunkt für einen neuen, konstruktiven Dialog. Zumal im Sample hinter dem Misstrauen gegenüber Medien nicht immer nur Vorstellungen und Vermutungen stehen: Bei immerhin 15 unserer Befragten standen auch negative persönliche Erfahrungen mit der Arbeitsweise von (lokalen oder regionalen) Medien dahinter, die man als Leserbrief-Schreiber, Aktivistin, früherer Journalist, Bekannte von Journalisten bzw. Politikern oder – qua Beruf, Amt oder Ehrenamt – als Objekt bzw. Quelle von Berichterstattung gemacht hatte.

Anschlussfähig an eine rationale, wissenschaftlich fundierte Debatte scheint die Medienkritik in unserem Sample auch deshalb zu sein, weil kommunikationswissenschaftliche Fachtermini bereits in die Alltagssprache diffundiert sind: Einseitigkeit und »Propaganda« werden in den Interviews zuweilen verbunden mit »Framing«, »Agenda-Setting« und Nachrichtenselektion. Die Reflexion darüber, dass journalistische Inhalte kein simples »Spiegeln« bzw. »Abilden« der Welt darstellen, sondern eine Konstruktion von Wirklichkeit mit Auswahl-, Strukturierungs-, Akzentuierungs- und Einordnungsleistungen, hat offenbar begonnen, muss allerdings noch zu Ende gedacht werden: Framing (also das Rahmen und Strukturieren eines Themas), Agenda-Setting (also das Setzen einer Themenagenda für die Öffentlichkeit, die diese dann behandelt) und Nachrichtenselektion (also das Auswählen aus der unendlichen Fülle an potenziell berichtenswerten Ereignissen auf der Welt) erscheinen in manchen Interviews als verwerfliche Taten, sind allerdings bei jedem kommunikativen bzw. journalistisch-redaktionellen Akt unvermeidlich. Man kann nicht *nicht* framen (vgl. Matthes 2014, Pötzsch 2019), nicht *nicht* auswählen (vgl. Maier et al. 2018) und nicht *nicht* beeinflussen, worüber die Rezipierenden nachdenken (vgl. Maurer 2017). Sieben Interviewte gestanden zu, dass absolute Objektivität oder Vollständigkeit unmöglich sei, und artikulierten damit von sich aus eine konstruktivistische Sicht auf das Verhältnis von Massenmedien und Realität (vgl. Beiler et al. 2020, Prochazka & Schweiger 2020). Diese Einsicht gilt es in der Bevölkerung zu verbreiten und zu vertiefen, sei es durch Schulbildung, öffentliche Veranstaltungen, Medienjournalismus oder selbst ausgeübte publizistische Tätigkeiten (Bürgerjournalismus, Schulmedien, Offene Kanäle).

Welche Gründe gibt es für Misstrauen gegen die institutionalisierte Politik?

Institutionalisierte Politik und ihre Akteure orientieren sich stark an der Frage, wie die Ergebnisse ihrer Arbeit, also ihre Performance bzw. ihr Output bewertet werden. Wie auch bereits in der weiteren Forschung diskutiert wurde (siehe Kapitel 2.3.3), scheinen sich solche Output-Faktoren auch nach unseren Beobachtungen in einem gewissen Umfang auf das politische Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger auszuwirken. So wurde viel Kritik an einzelnen Politikfeldern bzw. *policies* angebracht, dabei meist die Corona-Politik, Bildungspolitik, Klima- und Umweltpolitik sowie die Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik, wobei die konkreten Kritikpunkte sehr stark streuen. Wesentlicher für das teilweise doch sehr große Misstrauen gegenüber institutionalisierter Politik scheinen bei uns aber Faktoren zu sein, die man eher der Input-Seite des politischen Prozesses zuordnen würde, vor allem ein unzureichendes Repräsentationsgefühl, negativ bewertete persönliche Eigenschaften von Politikerinnen und Politikern sowie eine fehlende Nähe und Bodenhaftung derselben.

Als häufigster Grund für Misstrauen gegenüber Politik wurde angeführt, dass die eigene Lebensrealität durch die Politik nicht gesehen, die eigenen Themen nicht verhandelt und die eigene Meinung nicht repräsentiert wird. Das politische Repräsentationsgefühl spielt also offenbar, das können auch wir feststellen, bei der Bildung von Ver- oder Misstrauen eine zentrale Rolle, da auch Personen mit hohem Vertrauen in die Politik oft gerade als Grund für ihr Vertrauen angaben, sich gesehen oder repräsentiert zu fühlen. Dies lässt vermuten, dass das Bemühen um Vertrauen angesichts sehr verschiedener Lebenswelten und Milieus in einer modernen, ausdifferenzierten und individualisierten Gesellschaft hochgradig schwierig ist. Die Herausforderung ist es, hier einem Nullsummenspiel zu entkommen: Neu gewonnenes Vertrauen bei den Einen droht durch wachsendes Misstrauen bei den Anderen wieder kompensiert zu werden.

Nach dem fehlenden Repräsentationsgefühl (30 Befragte), wurden am zweithäufigsten mit je 24 Befragten drei Negativ-Zuschreibungen an Politikerinnen und Politiker genannt: Diese seien 1) korrupt und auf persönliche Bereicherung aus, hätten 2) keine ausreichende fachliche oder charakterliche Eignung für das Amt oder Mandat und würden 3) ihre Versprechen nicht halten, seien also notorisch unzuverlässig (Verlässlichkeit und Ehrlichkeit

gehörten übrigens zu den häufigsten Begriffen, die unsere Befragten mit Vertrauen im zwischenmenschlichen Bereich assoziierten). Mit den Begriffen von Seyd (2024) gesprochen, fehlt Politikerinnen und Politikern aus Sicht vieler Befragten *competence*, *concern* und *integrity* (siehe Kapitel 2.3.3).

Schließlich artikulierte jede dritte Person im Sample eine Fremdheit oder Distanz zu den politischen Ebenen jenseits der Kommunalpolitik: Was im Land, im Bund und erst recht in Brüssel geschieht, entziehe sich oft des Verständnisses. Unser Eindruck ist, dass das Misstrauen umso größer ist, je höher die Ebene ist: »Je weiter oben, desto schlimmer«, wie es eine Person ausdrückte. Plausibel wird dies durch den Gegenschuss-Befund, dass ein wichtiger Grund für Politikvertrauen die Nahbarkeit von Kommunalpolitik und auch persönliche Bekanntschaften mit entsprechenden Amtsträgerinnen und Amtsträgern ist. Bemerkenswert ist zudem, dass zwei Befragte die Präsenz von Politikerinnen und Politikern in sozialen Medien positiv erwähnen, da sie dadurch einen Bezug zu ihnen gewähnen. Auf Plattformen aktiv zu kommunizieren und zu interagieren sowie Einblicke in den Arbeitsalltag und in eigene Überlegungen zu geben, scheint auch für Akteurinnen und Akteure jenseits der Kommunalpolitik eine Möglichkeit zu sein, durch die Herstellung von indirekter Nähe bzw. parasozialer Beziehungen das Politikvertrauen zu steigern (vgl. Praprotnik et al. 2019).

Die letztgenannten Gründe für Politikmissstrauen können mit dem Topos der »fernen Eliten« (Kollmorgen et al. 2024) oder der »abgehobenen Eliten« zusammengefasst werden: Politikerinnen und Politiker werden von vielen Misstrauenden nicht als Personen gesehen, die vom Volk gewählt »mit dem Gesicht zum Volke«³³ das Beste für das Volk aushandeln wollen. Es scheint in vielen Äußerungen vielmehr das Bild durch, die Gewählten schwebten bürgerfern in ihrem Berufspolitik-Kosmos und hätten kein Verständnis für die realen Fragen des Alltags.

Dieses Gefühl, von der politischen Elite übersehen und nicht ausreichend repräsentiert zu werden, wird sicherlich besonders durch eine komplexe Mischung aus historischen Wunden, aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen sowie politischen und kulturellen Dynamiken genährt.

³³ So heißt ein Lied des ostdeutschen Liedermachers Gerhard Schöne von 1988, der hier eine Bürgersprechstunde in Nicaragua besang und mit Zeilen wie »Mit dem Gesicht zum Volke/nicht mit den Füßen in 'ner Wolke« indirekt die SED-Staats- und Parteiführung kritisierte.

Diese Faktoren sind teils mit der allgemeinen ostdeutschen Erfahrung verknüpft, teils aber auch bezeichnend für das Bundesland Sachsen.

Bereits in der DDR war das Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen aufgrund der repressiven Natur des Regimes weit verbreitet. Die Wiedervereinigung wurde von vielen als »Übernahme« durch den Westen wahrgenommen und der rasche Transformationsprozess der 1990er Jahren führte zu einem tiefgreifenden Verlust der eigenen sozialen und kulturellen Identität (vgl. Köpping 2018: 9 und 26). Biografische Unsicherheit, kollektive Entwertung, enttäuschte Hoffnung und westliche Übernahmepraktiken haben, das zeigen auch unsere Ergebnisse, Narben im ostdeutschen Empfinden hinterlassen (siehe Kapitel 5.3.6; vgl. Dahn 2019, Kowalcuk 2019, Mau 2019, Schmidt 2016).

Obwohl es Fortschritte gibt, bestehen in Sachsen weiterhin wirtschaftliche Unterschiede im Vergleich zu westdeutschen Bundesländern. Niedrigere Löhne, höhere Arbeitslosigkeit, eine geringere Wirtschaftsleistung und die Abwanderung junger, qualifizierter Menschen tragen zu einem Gefühl der Benachteiligung bei: Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich, das zog sich durch zahlreiche Interviews, von der Politik übersehen und unzureichend unterstützt.

Schließlich finden wir Gründe für Misstrauen, die eher an bestimmten Prozessen im politischen Institutionengefüge (*politics*) ansetzen, am Weg vom Input zum Output. Sehr kritisch wurde etwa die Konkurrenz der Parteien gesehen, wenn diese einer lösungsorientierten Sachpolitik abträglich ist. Offenbar gibt es im Sample den verbreiteten Wunsch, statt eines harten Kampfes um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler in einer Wettbewerbs- bzw. Konkurrenzdemokratie eher eine konsens- und gemeinschaftsorientierte Entscheidungsfindung in einer Konkordanzdemokratie zu erleben. Andere kritisierten die Größe des Bundestages oder Lobby-Einflüsse vonseiten der Wirtschaft. Drei bis fünf Befragte gaben recht umfassende Verschwörungsannahmen zu Protokoll, die etwa die Rolle von Bill Gates in der Pandemiebekämpfung oder einen gezielten Bevölkerungsaustausch betrafen.

In Übereinstimmung mit prominenten Gründen für Medienmisstrauen findet sich dann die Kritik, im politischen Raum fehle es an Meinungsfreiheit und bestimmte Positionen würden systematisch ausgegrenzt. Dies zielt so gut wie immer auf den Umgang mit der AfD und mit AfD-Positionen ab und wurde auch von Personen vorgebracht, die erklärtermaßen nicht der AfD nahestanden.

Zusammenfassend konnten wir beobachten, dass politisches Vertrauen an reale oder empfundene Nähe gekoppelt ist. Politisches Vertrauen wird dabei, so lässt sich aus unserer Analyse schließen, vor allem jenen geschenkt, die aus einer ähnlichen Lebenswelt kommen und ähnlich denken (Repräsentationsgefühl), die fachlich geeignet, ehrlich und authentisch wirken und für Normalbürgerinnen und -bürger sicht- und ansprechbar bleiben.

Welche Zusammenhänge gibt es zwischen den Komplexen Journalismus- und Politikvertrauen?

Die statistische Analyse der begleitenden Kurzfragebögen mit Items zum Vertrauen in Journalismus, Politik und Demokratie hat (in Übereinstimmung mit dem Forschungsstand, siehe Kap. 2.4) deutlich gezeigt, dass es einen starken Zusammenhang zwischen diesen Domänen gibt: Wer den etablierten Medien vertraut, vertraut tendenziell auch der Politik und zeigt eine hohe Demokratiezufriedenheit. Wer umgekehrt Misstrauen gegen den Journalismus hegt, schaut ebenso skeptisch auch auf das Geschehen in Parlament(en) und Regierung(en) und ist unzufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie. Man könnte daraus ableiten, dass Medien- oder Journalismusvertrauen gar kein eigenes, sinnvolles Forschungsthema ist, weil Menschen dazu neigen, bei der Abfrage von Medienvertrauen eher ihre Zufriedenheit mit »den Verhältnissen« oder der generellen Verfasstheit des Gemeinwesens kundzutun.

Mindestens scheint die politische Zufriedenheit bei der Wahrnehmung der Medienqualität eine wichtige Rolle zu spielen – vielleicht deshalb, weil in nachrichtlichen Formaten die großen Medien das politische Geschehen neutral-affirmativ abbilden, also keine Fundamentalkritik an der Themenagenda, dem Meinungsspektrum und den Deutungsmustern im politischen Elitendiskurs mitliefern (so wie es alternative Medien oft tun). Wer sich über die (Regierungs-)Politik ärgert, präferiert vermutlich auch Medien, die Ärger über die (Regierungs-)Politik artikulieren. Und es zeigt sich in unseren Interviews, ähnlich wie in früheren Studien zur Publikumserwartung an Journalismus (vgl. Loosen et al. 2020), eine interessante Inkongruenz: Man möchte einerseits objektiv, neutral und ausgewogen informiert werden, um sich eine eigene Meinung bilden zu können (»just the facts«) – andererseits sollen die Medien alles kritisch hinterfragen und die Mächtigen kontrollieren, wozu es schon eines politischen Standpunktes oder zumindest einer Wertegrundlage bedarf. Es liegt nahe zu vermuten, dass die Wahrnehmung

sowohl mangelnder Objektivität als auch mangelnder Kritik und Kontrolle »eine Folge nicht befriedigten [sic!] Nachfrage nach politisch konsonanten Medieninhalten« (C. Hoffmann 2021) darstellt.

Für das Verständnis des Zusammenhangs zwischen Journalismus- und Politikvertrauen ist zudem die Frage relevant, wie die Bürgerinnen und Bürger selbst den Zusammenhang zwischen Journalismus und Politik verstehen. In der Forschung zum Verhältnis der beiden gesellschaftlichen Funktionssysteme rangen lange unterschiedliche Ansätze miteinander: von einer Autonomie beider Systeme, einer Übermacht der Politik über die Medien, einer Dominanz der Medien über die Politik bis hin zu einer kompletten Verschmelzung beider Systeme zu einem Supersystem (vgl. Schulz 2011: 48-54, Sarcinelli 2011: 122-124). Neuere Literatur sieht in beiden Systemen »Produktionsgemeinschaften« am Werk, in denen Player aus Politik, PR und Journalismus politische Kommunikation herstellen und ein »Tauschverhältnis wechselseitiger Abhängigkeit« (Donges & Jarren 2022: 210 und 222) eingehen.

In unserem Sample lagen der Ansatz der Übermacht der Politik über die Medien (auch: Medien sind von der Politik abhängig bzw. gesteuert) und die Vorstellung einer partnerschaftlich-symbiotischen Beziehung mit je 16 Befragten zusammen auf Platz 1. Den Verdacht der gesteuerten Medien – der in seinen Begründungen, wie oben beschrieben, zuweilen an das »Propagandamodell« oder die »Indexing-Hypothese« erinnert – teilten also ebenso viele Personen wie die kommunikationswissenschaftliche Mainstream-Position, dass wechselseitige Abhängigkeiten zwischen beiden Systemen existieren und keine Seite über die andere herrscht: Ganz ähnlich wie die Forschung von einem symbiotischen Tauschgeschäft »Information gegen Publizität« (Sarcinelli 1994: 39) spricht, formulierten es auch mehrere Interviewte. Auf Platz 2 rangierte die Vorstellung, Medien und Politik koexistierten unabhängig voneinander (14 Befragte). Ebenfalls vertreten wurde die Ansicht, dass Medien zu oft selbst Politik machen würden – eine These, die in Richtung »Dominanz der Medien über die Politik« geht und an Werke des Politologen Meyer über »Mediokratie« bzw. »mitregierende Journalisten« (vgl. Meyer 2001, Meyer 2015) erinnert.

Alles in allem findet sich auch hier Potenzial für einen rationalen, wissenschaftsbasierten Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern über diese Vorstellungen, die im Übrigen in den Interviews häufig noch gar nicht konkret präsent oder bewusst verfügbar waren. Eine verstärkte diskursive Bearbeitung dieses Themas in der Schule, in der Erwachsenenbildung und

im Medienjournalismus würde vermutlich vor allem diffusen und undifferenzierten Verschwörungsannahmen entgegenwirken und dazu beitragen, dass mehr Menschen den etablierten Journalismus und die institutionalisierte Politik als – zwar auf bestimmte Art zusammenhängende, aber auch je spezifische Funktionslogiken verfolgende – eigenständige Elemente der Demokratie-Infrastruktur wahrnehmen.

Welche Rolle spielt dabei das Demokratieverständnis?

Um die Wahrnehmungen von Medien und Politik weiter zu kontextualisieren, nahmen wir in den Interviews eine Triangulation dieser Vertrauensfragen mit dem Demokratieverständnis und der Demokratiezufriedenheit der Befragten vor. Während die formale Minimaldefinition »freie Wahlen« nur in vier Interviews genannt wurde – vermutlich weil sie in der Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich erscheint –, sind die Top-Positionen in den Antworten vielsagend: 27 Personen betonten die Teilhabe und Mitsprache aller als Merkmal von Demokratie, was vermutlich mit dem Eindruck zusammenhängt, man werde von der Politik und/oder von den Medien nicht genügend repräsentiert, gesehen oder beteiligt. Oft wurde dies auch als Wunsch nach mehr Partizipationsmöglichkeiten ausgedrückt. 25 Befragten waren die Grundrechte und -freiheiten besonders wichtig, wobei die Meinungsfreiheit auffallend oft genannt wurde, der offenbar eine herausgehobene Bedeutung für das Demokratieempfinden zukommt – möglicherweise eine spezifisch ostdeutsche Priorität angesichts der fehlenden Meinungsfreiheit in der DDR. Eine Bedrohung speziell der Meinungsfreiheit wurde in den Interviews häufig zu Protokoll gegeben. Dass dies in Ostdeutschland stärker als im Westen so empfunden wird, zeigen auch Befragungen des Allensbach-Instituts (vgl. Rech 2023). Unter den Kritikpunkten und Veränderungswünschen in Bezug auf die Demokratie als Ganzes finden sich auf den vorderen Plätzen wiederum mangelnde Repräsentation und Partizipation sowie fehlende Diskursoffenheit – und dann schon eine Ablehnung von Parteien und Berufspolitikerinnen und -politikern.

Besser verständlich wird dies alles mit der These eines spezifisch ostdeutschen Demokratieverständnisses, wie sie Morina (2023) aufgestellt hat. Anders als in den alten Bundesländern, in denen die real existierende repräsentative Parteidemokratie mit verbandsförmiger Interessenaggregation höhere Akzeptanz genießt, scheint im Osten die langjährige Einparteien-

herrschaft der SED und die kurzlebige »straßendemokratische Emanzipationserfahrung« (Mau 2024: 47, vgl. Morina 2023: 146) von 1989/90 inklusive Runder Tische zu einer Abneigung gegen den »Parteienstaat« geführt zu haben, der »den souveränen Willen des Volkes zu stark beschränke« (Mau 2024: 48) und dessen Strukturen überdies nur von der alten Bundesrepublik übernommen wurden, also nicht als etwas Eigenes angesehen werden. Möglicherweise wirkt auch der schon zu DDR-Zeiten immer wieder propagierte Anspruch der »wirklichen« Beteiligung aller nach, dessen Umsetzung zur Wendezeit kurz greifbar schien – denn im Herbst 1989 konnten Menschen mit DDR-Sozialisation zwar nicht auf eigene Demokratieerfahrungen zurückgreifen, wohl aber auf eine »Demokratieanspruchsgeschichte« (Morina 2023: 292), stellte sich die DDR doch immer als die »wahre« Demokratie dar. Bei vielen Interviewten in unserem Sample ist ein Wunsch nach Dialogformaten und plebisitären Verfahren zu erkennen, die die eigenen Interessen und Perspektiven unmittelbar – und unverfälscht durch Einflüsse von ressourcenstarken Lobbys, Karriereinteressen von Berufspolitikerinnen und -politikern etc. – im politischen Prozess zur Geltung bringen können.

Gleichsam als Gegenstück zu diesem Wunsch nach direkter(er) Demokratie waren Äußerungen der Ohnmacht, der Lethargie und des Zynismus in den Interviews zu vernehmen: »dass der kleine Mann immer schön geschädigt wird«, dass »wir wahrscheinlich sowieso immer nur Lügen verkauft kriegen« und »manipuliert werden« oder: »Was kommt, das kommt, das können wir sowieso nicht ändern«. Mit dem Vokabular der Psychologie könnte man solche Haltungen als »erlernte Hilflosigkeit« (Maier & Seligman 1976) deuten, die ihre Wurzeln in DDR- oder Nachwendeerfahrungen von Einflusslosigkeit und Fremdbestimmung haben mag: Als Ergebnis von Prozessen, in denen Personen einen Mangel an Kontrolle gegenüber negativen Stimuli erfuhren, entstehen häufig ein mangelnder Sinn für Selbstwirksamkeit, Passivität sowie der Glaube, die eigenen Handlungen würden sowieso nichts bewirken (vgl. ebd.). Dazu mag nach der SED-Diktatur und der weit verbreiteten beruflichen Deklassierung und Arbeitslosigkeit in der Nachwendezeit auch beigetragen haben, dass in Sachsen (wie auch in anderen ostdeutschen Bundesländern) nach der Wiedervereinigung lange Zeit Ministerpräsidenten wie Kurt Biedenkopf mit einem »präsidentiellen Politikstil« quasi als »überparteiliche Landesväter« (Mau 2024: 50) regierten, ohne große politische Auseinandersetzungen auszutragen, zivilgesellschaftliches Engagement zu ermutigen oder politische Bildung in Schulen

zu fördern. Bis heute gibt es deutliche Ost-West-Unterschiede in der Struktur der Zivilgesellschaft: Die Engagementquote ist im Osten niedriger, vor allem im ländlichen Raum; zudem steht bei ehrenamtlichem Engagement in Ostdeutschland häufiger als im Westen der persönlich-praktische und berufsbezogene Nutzen im Vordergrund und dieses muss häufiger vom Staat gestützt werden (vgl. Lorenz & Pischtschan 2024: 102, 109).

Während in der Bevölkerung tendenziell die Ansprüche an den Output der Politik hoch sind, wird ein eigener Input in politische Prozesse selten für nötig oder sinnvoll befunden – bzw. »sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen und sich das Recht herauszunehmen, mitreden, mitgestalten, mitentscheiden zu wollen« (Kowalcuk 2024: 10). Der langjährige sächsische Wirtschaftsminister und SPD-Vorsitzende Martin Dulig beschrieb dieses Demokratieverständnis einmal mit einer farbigen Metapher: »Wir haben Leute in Ostdeutschland, die halten Demokratie für einen Pizzaservice: Ich bestelle, ihr liefert. Das führt zu einer permanenten Unzufriedenheit« (Jungholt 2019). In unserem Sample gab es zwar auch Befragte, die sich langjährig ehrenamtlich bzw. kommunalpolitisch engagierten und schließlich desillusioniert ihre Einmischungsversuche aufgaben, aber ebenso reine »Privatpersonen« oder solche, denen das saftige Schimpfen auf Politik und Medien – aus einer vermeintlich höheren, besserwissenden Warte – offenbar Einmischung genug war.

Schließlich muss durchaus beunruhigen, dass fast jede zehnte befragte Person Deutschland nicht mehr als wirkliche Demokratie ansah, sondern teilweise schon als Diktatur oder doch zumindest auf dem Weg dahin. Den Hintergrund bildeten wieder einmal (bei fünf der sechs Personen) die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die als tiefgreifende Erschütterung des Demokratievertrauens empfunden wurden. In der Perspektive von Befragten erschien die vorübergehende Einschränkung von Freiheiten im Zuge einer Krise der öffentlichen Gesundheit als »autoritärer Zug« des Staates. Doch könnte die Nivellierung von Unterschieden zwischen liberaldemokratischen und totalitären Systemen auch ein Anzeichen dafür zu sein, dass von vielen Ostdeutschen das Erbe der DDR und die Mechanismen der SED-Herrschaft im damaligen Alltag nicht in Gänze verarbeitet wurden. Mit den Worten von Kowalcuk (2024: 30): »Viele [...] wissen bis heute nicht, was das Wesen einer Diktatur ist.«

6.2 Limitationen

Diese Studie weist aufgrund ihrer methodischen Anlage sowie durch Spezifika des Samplings, der Interviewführung und der Auswertungsmethode bestimmte Limitationen auf, die bei der Beurteilung der Aussagekraft ihrer Ergebnisse berücksichtigt werden müssen.

Wir haben ein Sample mit großer Varianz zusammenstellen können (siehe Kap. 4.7). Am Ende entsprach die Verteilung bestimmter Merkmale in unserem Sample sogar ungefähr der Verteilung dieser Merkmale in der Gesamtbevölkerung von Sachsen (was etwa Geschlecht, Alter sowie tendenziell die Parteineigung angeht). Das heißt aber nicht, dass die Ergebnisse als repräsentativ angesehen werden können. Mit unserem explorativen, qualitativ-rekonstruktiven Verfahren können wir generelle »Existenzaussagen« (Lamnek 1999: 121-122) über das, was im Feld vorzufinden ist, treffen, aber keine Aussagen über die statistische Verteilung von Merkmalen oder Merkmalskombinationen in der sächsischen Bevölkerung. Die Stärke unserer Methode liegt darin, dass wir die Varianz der verschiedenen Ausprägungen des vorliegenden Phänomens abbilden und tiefer als quantitative Verfahren in die subjektiven Sinnwelten unserer Befragten eintauchen konnten.

Sicher haben wir nicht komplett erfasst, was es im Feld »alles gibt«. Da etwa Herkunft und Hautfarbe nicht zu unseren Auswahlkriterien zählten, besteht unser Sample ausschließlich aus Mitgliedern der weißen Mehrheitsgesellschaft (eine Person hatte Migrationshintergrund und stammte aus einem südosteuropäischen Land). So hätten von Rassismen in Medien und Politik betroffene Personen, etwa Geflüchtete aus muslimischen Ländern oder ehemalige DDR-Vertragsarbeiter aus Ländern wie Vietnam oder Mosambik und deren Kinder, vermutlich weitere wertvolle Perspektiven eröffnet.

Zudem sei betont, dass die Rekrutierung vor allem unter politisch Interessierten stattgefunden hat: Sie entwickelte sich im Lauf der Zeit weg von Bevölkerungskreisen, die an öffentlichen Angelegenheiten wenig Anteil nehmen, weil sich entsprechende Gespräche als in unserem Sinne nicht ertragreich erwiesen und mit unserem Kategoriensystem schlecht auswertbar waren. Dadurch sind gesellschaftlich engagierte Personen mit höheren sozialen und kommunikativen Kompetenzen im Sample überrepräsentiert. In der Auswertung wiederum mögen Personen, die pointierte und prägnante Aussagen trafen und bestimmte Punkte besser als andere Interviewte ver-

deutlichten, öfter zu Wort gekommen sein als solche, die sich weniger klar ausdrückten. Wir sind damit an Grenzen des von uns gewählten methodischen Zugangs gestoßen. Blinde Flecken sind somit bei diesem Forschungsgegenstand nicht zu vermeiden.

In den Interviews konnten wir zudem nur manifeste Gründe für Ver- und Misstrauen erfahren, also solche, derer sich die Befragten selbst bewusst waren (vgl. Granow et al. 2020: 102). Latente Gründe, die im Zusammenhang mit der Sozialisation oder mit Persönlichkeitsmerkmalen stehen mögen, konnten nur teilweise sichtbar gemacht werden, auch weil wir bewusst auf eine tiefenhermeneutische Analyse der Interviewtranskripte verzichtet haben. Zudem ist das Problem der sozialen Erwünschtheit bei qualitativen Interviews generell virulent. Auch werden wir mit unseren direkten Fragen nach vorhandenen Ängsten in Bezug auf Medien und Politik nur bei den wenigsten Befragten an die tiefsten Gefühle herangekommen sein. Wenn Wut tatsächlich oft ein »Deckgefühl« ist und dahinter andere, noch unangenehmere Emotionen wie Angst oder auch Trauer und Schmerz stehen, dann konnten wir das trotz eines empathischen Interviewstils wohl nur selten in einem einmaligen Gespräch freilegen.

Schließlich musste sich unser Leitfaden – da mit Journalismus, Politik und Demokratie drei große Themen behandelt werden sollten – auf wenige (Nach-)Fragen pro Block beschränken. Damit enthielt er etwa im Vergleich zum Leitfaden der Studie »Medienskepsis in Deutschland« (Blöbaum et al. 2020: 231-238) keine Fragen zu den Konsequenzen von Medienmisstrauen bzw. zum Umgang medienskeptischer Personen mit wahrgenommenen journalistischen Fehlleistungen (Anschlusskommunikation im sozialen Umfeld, Veränderung der Mediennutzung nach Schlüsselerlebnissen etc.). Die Verbreiterung des Forschungsthemas ging somit zulasten der Feinauflösung innerhalb der Themenblöcke, auch da den Befragten Raum für eigene Erzählungen gelassen und deren Kapazität an Zeit und Konzentration nicht über Gebühr beansprucht werden sollte.

6.3 Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse unserer Sachsen-spezifischen Studie validieren frühere quantitative Studien für ganz Deutschland und auch den »Sachsen-Monitor«, indem sie Kontext zu dort abgefragten Items liefern. Sie bestätigen und

vertiefen zudem das Wissen über Medienskepsis und Politikablehnung, das andere qualitative Befragungen generiert haben, und spezifizieren es für ein ostdeutsches Bundesland. Unsere Beschreibung der Varianz im Feld mit O-Tönen von 61 Personen wird für Folgeforschung hoffentlich einen Wert besitzen, da Fragebogen-Items und -Itembatterien weiterentwickelt sowie Ideen, Ansätze und Thesen für spezifischere Forschungsthemen gewonnen werden können.

Einen Wert hatten unsere Interviews offenbar auch für die Interviewten, die sich ernstgenommen, gesehen und von den Fragen zum Nachdenken angeregt fühlten. Häufig drückten sie ihre Dankbarkeit dafür gegenüber der Interviewerin aus, manche standen noch wochen- oder monatelang mit ihr in Kontakt. Hier gilt ebenso wie bei vergleichbaren qualitativen Befragungsprojekten zum Thema: »Diese Form des Gehör-Findens ist offenbar etwas, was einige Bürgerinnen und Bürger im gesellschaftlichen Diskurs vermissen« (Badura & Blöbaum 2020: 38). Möglicherweise trägt unsere Forschung also auch zur Bildung von Vertrauen in Wissenschaft (und anderen gesellschaftlichen Institutionen) bei. Diesen Beitrag möchten wir vergrößern, indem wir die Ergebnisse dieser Forschung in allen sächsischen Regionen öffentlich vorstellen und diskutieren und dabei die befragten Personen und ihr Umfeld möglichst einbeziehen, wobei die Frage nach den aus der Studie ableitbaren Handlungsempfehlungen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort diskutiert werden soll.

Wenn diese Studie zwei Dinge gezeigt hat, dann sind es 1) die erlebte Distanz und Fremdheit zwischen einem Großteil der Befragten und den gesellschaftlichen Teilsystemen Journalismus und Politik, und 2) den engen Zusammenhang zwischen Misstrauen gegenüber beiden Systemen. Entweder man ist grosso modo einverstanden damit, wie Öffentlichkeit für welche zu bearbeitenden Themen hergestellt wird *und* wie und welche verbindlichen Entscheidungen zur Problembehandlung getroffen werden – oder man ist mit beidem nicht einverstanden. Für eine stabile und vitale Demokratie aber ist ein Mindestmaß an Vertrauen in beide Bereiche existenziell. Und: Für beide Bereiche können Repräsentation, Partizipation und Responsivität als wesentliche Gütekriterien gelten. Hohes Misstrauen ist jeweils ein recht verlässlicher Indikator für Defizite und Klüfte in diesen Bereichen. Es muss also darum gehen, erlebte Distanzen zu verringern und Verbindungen zu verstärken, neue Möglichkeiten zur Teilhabe zu eröffnen und das Ausmaß sowohl der Repräsentation bzw. Repräsentativität (vor allem des Personals

in Politik und Medienredaktionen) als auch der Responsivität zu steigern, also die Berücksichtigung von und Reaktion auf Anliegen und Interessen der Bevölkerung (vgl. Elsässer et al. 2017: 164).

Steffen Mau hat angesichts des distanzierten Verhältnisses vieler Ostdeutscher zur bundesdeutschen repräsentativen Demokratie postuliert, »dass der politische Raum anders gedacht und gestaltet werden muss«, und angeregt, »Entscheidungs- und Partizipationsmöglichkeiten jenseits der klassischen Parteien zu vergrößern« (Mau 2024: 129 und 133). Sein zentraler Vorschlag besteht nicht in der stärkeren Ermöglichung von Volksentscheiden, sondern in der Einführung von Bürgerräten, die – als ergänzende Institutionen zu Parteien und Parlamenten – zu konkreten Problemen tagen, gemeinsame Positionen finden und Empfehlungen aussprechen. Deren Mitglieder würden durch Los- bzw. Lotterieverfahren bestimmt und als ein verkleinertes Abbild der Bevölkerung für einen bestimmten Zeitraum tagen, ohne von berufspolitischen Karriereinteressen beeinflusst zu sein oder als abgehobene Eliten kritisiert werden zu können. Solche Bürgerräte könnten »Lernorte der Demokratie« (ebd.: 136) sein, die das Potenzial haben, neuen Personenkreisen Teilhabechancen zu eröffnen und emotionalisierte Diskurse zu versachlichen – sofern die von ihnen ausgearbeiteten Empfehlungen auch tatsächlich eine gewisse Verbindlichkeit haben und Wirkung auf politische Entscheidungen entfalten.

In diesem Zusammenhang sei auch an das ältere Konzept der »Zukunfts werkstätten« erinnert, in denen die Zivilgesellschaft zur Beteiligung ermutigt werden und »mit Phantasie gegen Routine und Resignation« (Jungk & Müllert 1981) angehen sollte. In Workshop-Serien könnten, wie es jenes Konzept vorsieht, zu festgelegten Themen eine Beschwerde- und Kritikphase, eine Phantasie- und Utopiephase sowie eine Verwirklichungs- und Praxisphase durchlaufen werden. Um von Lethargie und Pessimismus über die Entwicklung einer Vision ins Handeln zu kommen, gibt es auch aktuelle Konzepte der UNESCO für »Futures Literacy« (Zukünfte-Kompetenz) und für das Trainieren des eigenen »Utopien-Muskels« (Pinzler 2024: 203-214). In entsprechend inspirierten Bürgerinitiativen den vorpolitischen Raum konstruktiv mitzustalten oder gar als Mitglied eines Bürgerrates selbst Politik zu machen, ist möglicherweise der vielversprechendste Weg, um in breiteren Bevölkerungskreisen das Gefühl von Ownership an der Demokratie zu stärken.

Der Erfolg solcher Konzepte hängt freilich sowohl davon ab, dass Bürgerinnen und Bürger sich auch tatsächlich einbringen, als auch davon, dass

Politikerinnen und Politiker bereit sind, Kritik anzunehmen und den Menschen gegenüber offen, transparent und authentisch zu agieren. Die in den Interviews zum Ausdruck kommende Skepsis und Distanz speist sich auch aus einer sichtbaren Differenz zwischen politischer »Show« auf der einen Seite und politischen Entscheidungsprozessen »hinter verschlossenen Türen« auf der anderen Seite. Um überzeugend für Demokratie werben zu können, sollten Politikerinnen und Politiker vielmehr aufrichtig, selbstkritisch und transparent auftreten. Andernfalls drohen Versprechen, mehr Demokratie und Teilhabe zu wagen, auf ein in der Praxis selbstbezügliches und verschlossenes politisches System zu treffen und folgend erst recht zu einer tiefgreifenden Enttäuschung mit der Demokratie zu führen.

Ähnlich wie Bürgerräte die politische Selbstwirksamkeit sowie die Akzeptanz von kollektiven Entscheidungen steigern könnten, wäre Bürgerjournalismus eines von mehreren geeigneten Mitteln, um Distanzen zwischen Mediennutzenden und Medienmacherinnen und -machern abzubauen – und von der Medienöffentlichkeit frustrierte Bürgerinnen und Bürger zu entradikalisieren. Eine befragte Person, die für ein Online-Medium ihre Herzensthemen bürgerjournalistisch aufbereitet und publiziert, benannte den »Reflexionswert« dieses Prozesses, weil sie sich mit dem Thema sorgfältig auseinandersetzen müsse, und beschrieb die eigenen Veröffentlichungen als »Ventil« (Interview T20). So ist zum Beispiel denkbar, in größeren Projekten in Zusammenarbeit mit Journalistenverbänden und -gewerkschaften medienskeptische Bürgerinnen und Bürger, die Interesse zeigen, professionell zu coachen und bei der Recherche und Aufbereitung bürgerjournalistischer Beiträge zu selbstgewählten Themen zu begleiten. Publiziert werden könnten sie zeitgemäß und zielgruppenorientiert in jenen sozialen Medien, derzeit etwa Telegram, auf denen sich überdurchschnittlich viele medien- und politikskeptische Nutzerinnen und Nutzer aufhalten, die aber zugleich von Politik und Journalismus vergleichsweise wenig bedient werden. Sowohl das Ausüben des journalistischen Handwerks als auch der persönliche Kontakt zu Medienprofis könnten neben dem Stolz auf die eigene Publikation positive Effekte auf die Einstellung der Teilnehmenden (und deren soziales Umfeld) gegenüber dem Journalismus zeitigen.

Aufgrund ihrer emotionalen Qualitäten dürften persönliche zwischenmenschliche Erfahrungen – zusätzlich zur Vermittlung von Hintergrundwissen bzw. »kognitiver Journalismuskompetenz« (Beiler et al. 2023) – entscheidend für Haltungsänderungen sein. In unseren Interviews begründeten vier

Befragte ihr hohes Medienvertrauen mit persönlichen Bekanntschaften mit Journalistinnen und Journalisten. Es scheint also sinnvoll, die Beziehungsarbeit zu intensivieren: Medienprofis an Schulen zu schicken (so wie es der Verein Journalismus macht Schule, die Organisation Lie Detectors oder vier bayerische Zeitungsverlage mit dem Projekt »Volo-Band der Demokratie« tun), Bürgerinnen und Bürger einen Tag in einer Redaktion miterleben zu lassen (wie es der MDR 2016 als Reaktion auf die Pegida-Proteste begann und seitdem jährlich mit der Aktion »Programm machen für einen Tag« fortsetzt) oder den journalistischen Terminkalender weniger eng zu takten, um bei Drehs und Reportage-Einsätzen mehr Zeit für spontanen Austausch mit Menschen vor Ort zu haben.

Nicht zuletzt dürfte aber auch die Qualität des journalistischen Outputs ausschlaggebend für die Entwicklung des Medienvertrauens sein. Der Wahrnehmung eines starken Zusammenhangs zwischen Medien und Politik kann eben auch dadurch entgegengewirkt werden, dass man sich als Redaktion tatsächlich stärker von der Themensetzung und Meinungsverteilung im Diskurs der politischen Eliten emanzipiert und eben nicht integraler Teil des Elitendiskurses ist, sondern – in den Worten von Pöttker (2003: 150) – einen eigenständigen »öffentlichen Wahrheitsdiskurs« führt, der den »Herrschardiskurs« transzendent und permanent kritisch hinterfragt. Es ginge also darum, der Tendenz des »Indexing« entgegenzuwirken und die Unabhängigkeit von der Politik offensiver zu demonstrieren.

Außerdem führt der Befund, dass sich viele Befragte ein breiteres Meinungsspektrum und teilweise auch eine »falsche Ausgewogenheit« (so beim Klima-Thema) wünschen, zu der Überlegung, ob man das Thema der *False Balance* neu diskutieren sollte – nicht mehr nur unter dem Gesichtspunkt der Wahrheit, sondern zusätzlich unter dem Vertrauensaspekt. Wenn eine auf wissenschaftlich evidente Positionen »beschränkte« Berichterstattung unbeabsichtigte Nebenfolgen produziert – nämlich den Verdacht, die Medien seien »linientreu« bzw. »auf Linie gebracht« – und Misstrauen gegen den professionellen Journalismus bis hin zur Abwendung von den etablierten Medien nach sich zieht, erscheint es überlegenswert, geächtete oder faktisch falsche Positionen auf die eine oder andere Art und Weise in die Berichterstattung zurückzuholen. Damit ist nicht gemeint, dass zum Beispiel in der *Tagesschau* Klimawandel-Leugnung Platz finden soll oder, wie Ferdinand Meyen (2021) als Beispiel erwähnt, in Talkshows Impfskeptikerinnen sitzen sollen, die behaupten, dass sie nach einer Corona-Impfung nicht mehr schwanger werden

könnten. Es könnten aber in Erklärstücken oder neu zu entwickelnden Formaten entsprechende Positionen – die außerhalb der etablierten Medien ja immer noch auf digitalen Plattformen ventiliert werden und dort Wirkung entfalten – aufgegriffen und verantwortungsvoll behandelt werden, um sowohl der Wahrheit die Ehre zu geben als auch den Eindruck eines zu engen Meinungskorridors zu kontern. Dies würde dem Umstand Rechnung tragen, dass die Medien ihre alte machtvolle Rolle als *Gatekeeper* längst verloren haben. Die ehemaligen Herrscher über die Schleusen der Massenkommunikation können nicht mehr kontrollieren, welche Informationen überhaupt die Öffentlichkeit erreichen. Sie sind heute eher in der Rolle der *Gatewatcher*, die Informationen nurmehr kuratieren (vgl. Bruns 2009).

In Zeiten starker affektiver Polarisierung braucht es zudem eine emotional intelligente, konfliktensitive Berichterstattung (vgl. Rottmann 2024), die zur gesellschaftlichen Integration statt zur Vertiefung von Gräben durch die Bekämpfung bestimmter Werthaltungen oder durch das publizistische Ausschlachten von Konflikten beiträgt. Es erscheint in diesem Zusammenhang sinnvoll darüber nachzudenken, ob Berichterstattung weniger thesengetrieben, meinungsstark und (be-)wertend werden sollte, um den moralischen Druck auf jene Teile des Publikums mit jeweils anderen Wertepräferenzen zu verringern – und damit auch deren Gefühle der Bevormundung sowie die daraus resultierende Reaktanz, die als »Motivation zur Wiederherstellung eingeengter oder eliminierte Freiheitsspielräume« (Jacobsen 2024) verstanden werden kann. Vielleicht ist es Zeit, das Ideal der Trennung von Nachricht und Meinung wiederzubeleben, nachdem im Zuge von Digitalisierung und Kommerzialisierung eine (oft wohl unabsichtliche) Vermischung durch verstärktes »Storytelling« und vermehrte Emotionalisierung von Berichterstattung im Rennen um die knappe Ressource Aufmerksamkeit stattgefunden hat. Um polarisierende Konflikte integrativ zu behandeln und das Vertrauen von Milieus mit geringem Repräsentationsgefühl zu stärken, hilft möglicherweise auch das Konzept der Gewaltfreien Kommunikation nach Rosenberg (2009): Das empfiehlt in Konfliktfällen, die Positionen der Konfliktparteien in die jeweiligen 1) Wahrnehmungen, 2) Gefühle, 3) Bedürfnisse und 4) Bitten der Beteiligten aufzusplitten und damit besser verhandelbar zu machen. In der vielfach gespaltenen Gegenwartsgesellschaft mit verhärteten Fronten könnten Journalistinnen und Journalisten mit solchem Handwerkszeug eine stärker verständigungsorientierte und einführende Berichterstattung leisten.

In diesem Zusammenhang ist auch zu erwägen, die professionelle Haltung eines Mediators bzw. einer Mediatorin – vor allem die »Allparteilichkeit« als empathische Zuwendung zu allen Konfliktparteien – in das journalistische Rollenverständnis zu integrieren, wie es etwa das Bonn Institute für Journalismus und konstruktiven Dialog anregt (vgl. Heinrichs 2023, Knorr 2019).

Grundsätzlich erscheint das Konzept des Konstruktiven Journalismus (vgl. Haagerup 2020, McIntyre & Gyldensted 2018) geeignet, einerseits Themenverdrossenheit bzw. Nachrichtenmüdigkeit und -vermeidung entgegenzuwirken – welche neun Befragte im Sample artikulierten, während sechs ausdrücklich positivere bzw. lösungsorientiertere Inhalte wünschten – als auch den gesellschaftlichen Mehrwert der Berichterstattung zu erhöhen (vgl. Beiler & Krüger 2018) sowie Polarisierungstendenzen zu verringern. Ein Musterbeispiel für ein konstruktives Debattenformat, das von Journalistinnen und Journalisten organisiert wird, ist »Deutschland spricht«, das tausende interessierte Bürgerinnen und Bürger mit konträren Haltungen in einer bestimmten Frage jeweils in Zweiergesprächen zusammenbringt. Ursprünglich 2017 initiiert von *Zeit Online*, wurde es im Umfeld der Landtagswahlen 2024 von einer Reihe weiterer Medien übernommen, in Sachsen von der *Leipziger Volkszeitung* (vgl. ZEIT-Verlagsgruppe 2024). In der *LVZ* konnte man schließlich ganze Zeitungsseiten mit Auszügen aus diesen Gesprächen lesen, auf denen jeweils zwei ganz normale Menschen von nebenan respektvoll Argumente austauschten, ob man die Ukraine mit Waffen unterstützen sollte, ob Deutschland zu viele Geflüchtete aufgenommen hat oder ob West- und Ostdeutsche heute die gleichen Chancen haben. Als genaues Gegenteil von einseitiger und Eliten-zentrierter Berichterstattung scheint ein solches Format geeignet, sowohl das mediale Repräsentationsgefühl als auch öffentliche Teilhabechancen für Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

Misstrauen in Medien, Politik und Demokratie hat nicht die eine Ursache, sondern ein Ursachenbündel. Erfolgreich dagegen zu arbeiten, erfordert ebenfalls ein Maßnahmenbündel, das personelle und zeitliche Ressourcen verschiedenster Institutionen beansprucht. Angesichts der bereits entstandenen Flurschäden an der politischen Kultur ist es höchste Zeit, entsprechende vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen und bei den Bürgerinnen und Bürgern Sachsens, Ostdeutschlands und darüber hinaus das Gefühl von Ownership und Selbstwirksamkeit im demokratischen System zu erhöhen. Vielleicht kann Misstrauen nicht gleich in Vertrauen verwandelt

werden. Aber vielleicht wird aus einem zentripetalen Misstrauen, das aus der Gesellschaft hinausführt, zunächst einmal ein zentrifugales: also jenes Misstrauen, das Bürgerinnen und Bürgern den Willen und die Kraft verleiht, die Gesellschaft zu verbessern und sie sich anzueignen.

